



















Einteilung der Stadt in drei Agitationsbezirke wurde zugestimmt und die vorgeschlagenen Agitationskommissionen einstimmig gewählt. Nachdem noch einzelne Vertrauensleute über die vorgenommene Betriebs- und Hausagitation Bericht erstattet, erfolgte Schluß der interessanten und würdig verlaufenen Versammlung.

**Über die Lohnbewegung im Transportgewerbe.** In einer außerordentlich stark besetzten Versammlung der Transportarbeiter wurde kürzlich zu einer die Allgemeinheit interessierende Angelegenheit Stellung genommen. Die Holz-, Wägelwagen-, Möbelpader- und Hilfsarbeiter werden voraussichtlich am 1. April d. J. in den Ausstand treten. Der seit dem 31. März 1911 bestehende Tarif ist von den Arbeitnehmern gekündigt worden. Die Gründe der Kündigung bestanden in der für die intensiven Arbeitsleistungen ungenügend gezahlten Entschädigungen seitens der Unternehmer. Es muß auch bemerkt werden, daß durch die in Kraft getretene Finanzreform bedeutende Mehrausgaben für sämtliche Bedarfsartikel gerade für die Arbeiter eingetreten sind. Außerdem sind in den verschiedenen Fuhrbetrieben Mißstände in bezug auf die Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden usw. eingetreten, die unbedingt einer Abstellung bedürfen. Die von den Käufern usw. aufgestellten Forderungen sind durchschnittlich dieselben, die bereits von den Arbeitnehmern im Jahre 1911 erhoben worden sind, aber damals nicht im entferntesten Anerkennung bei den Arbeitgebern fanden. Wenn die Käufer, trotz der doch gewiß für sie bedeutend unangünstiger gewordenen wirtschaftlichen Positionen, dieselben Forderungen nur wieder erheben wie 1911, so ist das nur ein Beweis dafür, daß dieselben sich einer Bescheidenheit befleißigt haben, die anerkennenswert ist und daß dieselben einer friedlichen Lösung der Lohnbewegung zustreben. Um so unverständlicher und bedauerlicher ist das Verhalten der Unternehmer, die den bestehenden Forderungen der Käufer usw. zunächst durchaus kein Verständnis entgegenbrachten, sich in den Verhandlungen dann bei einigen Positionen zu kleinen Zugeständnissen bereit erklärten, bei anderen Positionen sogar noch Verschärfungen eintraten lassen wollten. Unter diesen Umständen wird ein Kampf der Holz- und Wägelwagen-, Möbelpader- und Hilfsarbeiter unvermeidlich sein. Die in der Versammlung anwesenden Transportarbeiter (Sofenarbeiter, Lagerarbeiter usw.) drückten ihre Mißbilligung über die Einseitigkeit der Unternehmer aus, die durch ihre Hartnäckigkeit einen das Verkehrswesen unter Umständen schwer schädigenden Kampf heraufbeschwören könnten. Die Anwesenden beschloßen einstimmig, bei einem eventuell bevorstehenden Kampfe den Holz- und Wägelwagen-, Möbelpadern und Hilfsarbeitern ihre volle Solidarität zu beweisen und alle Mittel zu ergreifen, um die Kollegen in dem ihnen eventuell aufzutretenden Kampfe zum Siege zu verhelfen. — Der Zugang von Holz- und Wägelwagen-, Käufern, Möbelpadern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

**Plauen. Angeklagter gesucht.** Bei der Firma H. Baum war seit Ende Dezember ein Nachkollege beschäftigt, der dem Verbands nicht angehörte, auch sonst von der Kultur wenig belesen war und sich durchaus nicht daran gewöhnen konnte, mit seinen Mitarbeitern so zu verhalten, wie es sich unter Kollegen ziemt. Überall glaubte er bevorzugt werden zu müssen und als er wieder einmal einen Wagen mit Kohlen abfahren sollte, der noch nicht geladen war, schimpfte er wie toll und sagte u. a.: „Mir ist jetzt alles egal und wenn ich noch einmal vier Monate frische, ich nehme das Messer und steche alles zusammen.“

Daß sich das die übrigen organisierten Kollegen nicht gefallen ließen, versteht sich am Bande und sie verlangten in einer Betriebsversammlung die Entlassung dieses Gemütsmenschen, und die Verbandsleitung wurde beauftragt, der Firma diesen Beschluß mitzuteilen. Dieser ganz selbstverständlichen Forderung nachzukommen, fiel aber Herrn Baum gar nicht ein. Er erklärte oder er schrie es vielmehr unsern Kollegen zu: „Der bleibt gerade da, das ist ein tüchtiger Arbeiter.“ Da hat er recht, einer der 30 Organisierte über den Haufen stechen will, der hat Courage und die muß belohnt werden. Anstatt also Gewalttätigkeiten im Betriebe unmöglich zu machen, wandte man seine Aufmerksamkeit dem Briefschreiber zu, der ja die ganze Verwaltungsstelle des Verbandes, die den Speiditeuren so schwer im Magen liegt, auf dem Kerbholz hat und den man so ins Herz geschlossen hat, daß man, um ihn für immer zu behalten, sich weigern will, ihm die Pferde zu stellen, falls er von Plauen fort will. Ein paar lebenswichtige Briefe mit allmählich gesteigertem Tonfall müssen genügen, um ihn an den Galgen zu bringen. Dann ist man ihn los, ohne ihn forsühren zu müssen. Wozu sind denn diese berufsmäßigen Geher sonst da als zum Einsperren und wozu hat denn der Arbeitgeberverband Rechtsanwält, das Geld ist ja da und man braucht seinen eigenen Verbandskasten nicht anzuzuführen.

Also los! Der Verbandsleiter erhebt auf seinen ersten Brief an die Firma Baum folgende Antwort:

„Plauen, 23. 1. 13.

Herrn Karl Preusche, Hier.

Im Namen des Transportarbeiter-Verbandes (das ist ja ein ganz neuer Titel) frage ich unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 21. Januar 1913 ergebenst an, gegenüber welchen Leuten Herr Mandl mit dem Messer gedroht hat und wie der nähere Sachverhalt ist. Bevor nicht eine volle Aufklärung des Falles eingetreten ist, kann natürlich Herr Baum nicht schiedlich Ihrer Bitte Folge geben.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt Dr. Plötner.

Also man glaubt uns nicht! Gut, treten wir den Beweis an:

„Plauen, 24. 1. 13.

Herrn Rechtsanwalt Dr. Plötner, Hier.

In Erwiderung Ihres Geheires von heute teile mit, daß von Engelbert Mandl die fragliche Drohung gegenüber nachstehend genannten Personen und mit Bezug auf das ganze bei der Firma Baum beschäftigte Personal gefallen ist, die auch jederzeit bereit sind, Ihnen das zu bestätigen. Folgen vier Namen: Hochachtungsvoll

Karl Preusche.

Hierauf weiterer Brief:

„Plauen, 25. 1. 13.

Herrn Karl Preusche, Hier.

Auf Ihr Schreiben vom 24. Januar 1913 teile ich ergebenst mit, daß ich unter dem 23. Januar auch nach den näheren Umständen gefragt gatte. Ich bitte um Bescheid.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt Dr. Plötner.

Also dorthin geht die Reise. Uns glaubt man nicht, will aber trotzdem die näheren Umstände von

**Ein alter Schwindel in neuer Packung!**

Die Unternehmer der Großindustrie erzielten im letzten Jahre fast durchweg glänzende Gewinne! Die Aktionäre werden mit reichlichen Ausschüttungen bedacht. Trotzdem findet man in verschiedenen Geschäftsberichten bewegliche Klagen über drückende Lasten. Es soll der Anschein erweckt werden, als ob die Unternehmer bald ungerechter Belastung erliegen müßten. Die Beiträge zu den sozialen Versicherungen sind es, die den Jörn und den Schmerz der Unternehmer erregen. Durch großes Geschrei und willkürliche Zahlenkombinationen möchte man die Aufmerksamkeit von der herauschend glänzenden Lage der Großindustrie hinweglenken. Im Geschäftsbericht der „Hibernia“ wird berechnet, daß die Steuern und sozialen Lasten der Gesellschaft für 1912 nicht weniger als 78,8 pCt. der Dividende ausmachten! Schrecklich! Als soziale Last für die Aktionäre hat man auch die direkten Beiträge der Arbeiter bei der Berechnung eingestellt! Frech naiv wird im Geschäftsbericht behauptet, in Wirklichkeit müßte die Gesellschaft die Beiträge der Arbeiter aufbringen! Mit demselben Recht könnte man natürlich auch den Lohn der Arbeiter als eine Belastung der Aktionäre bezeichnen, einstellen und dann herausrechnen, daß die von den Kapitalisten zu tragenden Lasten über 100 pCt. der Dividende ausmachten! Die Unverschämtheit der Unternehmer wird am besten durch folgende Angaben beleuchtet. Die „Hibernia“ erhöhte bei großen Abschreibungen ihre Dividende von 9 auf 11½ pCt. Die Hochmurer Bergwerks A.-G., die darüber jammert, daß die öffentlichen Lasten enorm gestiegen seien und 48 pCt. des Reingewinns ausmachten, erhöht die Dividende von 5 auf 8 pCt. Trotz der beklagten Steigerung und der „gestiegenen“ Löhne sind die Selbstkosten pro Tonne Kohlen von 8,69 Mk. auf 8,62 Mk. gesunken, während gleichzeitig der Erlös pro Tonne um über 70 Pfg. stieg. So liegen die Verhältnisse überall und da magt man es durch ungerechtfertigte Klagen das Mitleid für die faulenzenden Dividendschlucker zu erregen!

uns wissen, darauf fallen wir nicht hinein. Weiteres Antwortschreiben unsererseits:

„Plauen, 29. 1. 13.

Herrn Rechtsanwalt Dr. Plötner, Hier.

In der betreten Angelegenheit wollen Sie sich gefälligst an die von uns benannten Personen wenden, welche Ihnen lebensfalls den Sachverhalt am besten darlegen können.

Um mögliche Beschleunigung der Angelegenheit im beiderseitigen Interesse bittend

zeichnet Hochachtungsvoll

Karl Preusche.

Beschleunigte Antwort des Rechtsanwalts:

„Plauen, 31. 1. 13.

Herrn Karl Preusche, Hier.

Betrifft Ihr Schreiben vom 29. 1. 13.

Es liegt mir fern, die von Ihnen als Gewährsleute benannten Herren zur Anlegung des Tatbestandes aufzufordern. Ich habe mit diesen Herren durchaus nichts zu tun. (Weshalb haben Sie denn danach gefragt?) Sie haben im Namen des Verbandes eine Drohung (zu, zu) ausgesprochen und müssen naturgemäß vorher über den Sachverhalt sich volle Klarheit verschafft haben. Weshalb wollen Sie mir also den Sachverhalt nicht mitteilen? (Dazu haben wir allen Grund.) Ich bitte dringend darum und teile gleichzeitig mit, daß diese Angelegenheit

meinerseits nicht eher weggelegt wird, als bis volle Klarheit geschaffen ist. Meiner Ansicht nach haben meine Auftraggeber ein Recht darauf, die Begründung Ihres Anspruchs auf Arbeiterentlassung zu erhalten. Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt Dr. Plötner.

Also, da ist es ja, das schwere Geschüt. Jetzt kommt die Drohung von der andern Seite, nachdem Zuredete nicht half. Weil es uns aber zu lange dauerte, ehe Herr Rechtsanwalt Dr. Plötner die Sache „weglegen“ konnte, weil er keine „Klarheit“ bekam, ist ihm mitgeteilt worden, daß die Sache der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben worden ist und sich für uns bis dahin erledigt hat.

Ob allerdings eine Anklage von der Staatsanwaltschaft erhoben werden wird, das wissen die Götter. Jedenfalls handelt es sich hier um einen Nichtorganisierten, für den, wenn es nach Herrn Baum ginge, der ganze Verband ins Loch müßte. Der Messerheld hat es inzwischen vorgezogen, sich ein anderes Tätigkeitsfeld zu suchen.

**Schnitz.** Im Laufe des ersten Quartals haben wir wieder einmal eine rege Agitation unter den uns noch fernstehenden Berufscollegen entfaltet. Zu diesem Zwecke hatten wir eine Agitationskommission gewählt, wovon leider mehrere Kollegen ihrer Pflicht nicht genügten. Nur den wenigen Kollegen, welche sich an dieser Agitationsarbeit ausbauern betätigten, ist ein Dank auszusprechen. Wir können uns mit dem erzielten Resultate zufrieden geben, denn unsere Mitgliederzahl ist hierbei um ein Drittel erhöht worden. Aber dennoch ist es unsere Pflicht, weiter zu arbeiten und die uns noch fernstehenden Berufscollegen immer wieder aufzurufen. Wir sind bei dieser Agitation aber auf Hindernisse gestoßen; es ist von Wert, einiges mit anzusehen. Bei der Firma G. Drey, Expeditions-geschäft, war es uns bisher noch nicht möglich, Fuß zu fassen. Die dort beschäftigten Arbeiter und Käufer sind mit den Organisationsverhältnissen im Prinzip einverstanden. Doch sagt ein jeder: „Wenn sich alle dem Verbands anschließen, dann geh' ich auch dazu.“ Aus diesem Grunde hatten wir eine Betriebsbesprechung anberaunt mit dem Thema: „Betriebsverhältnisse und Organisation“; nur waren die nicht erschienen, die wir wünschten. Sie dienten unseren Kollegen mit späten Redensarten. Wir haben es hier mit einigen Elementen zu tun, welche die Mitarbeiter im Schach zu halten suchen und sie in jeder Weise verschmähren. Mit dieser Art Arbeitskollegen werden wir in nächster Zeit Gelegenheit nehmen, uns eingehender zu beschäftigen. Nur das eine ist noch zu bemerken, daß auch von dieser Seite die Deufierung getan wurde: „Wir wollen die Organisation nicht zu hoch wachsen lassen; wir wollen mit den Organisierten nicht mehr weiter zusammenarbeiten.“ Die armen Hahnen werden schließlich einsehen müssen, daß die Organisation im Kampfe mit der Dummheit doch Sieger bleibt.

**Stolz i. Pom.** 58 Expeditionsarbeiter legten am Montag, den 17. März, die Arbeit nieder, weil die Unternehmer den berechtigten Forderungen nicht entgegenkommen wollten. Bei einer Arbeitszeit von 13 bis 15 Stunden täglich, erhielten die Kollegen bisher 16 bis 18 Mk. Wochenlohn, daß sie damit sich nicht länger bescheiden konnten, ist in Anbetracht der teuren Lebensmittel und hohen Mietpreise selbstverständlich. Sie verlangten eine geregelte Arbeitszeit von 6½ Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Ferner eine halbe Stunde Frühstück und 1½ Stunde Mittagspause. Der Lohn sollte für Möbelpader 23 Mk. und für Käufer und Mitfahrer 21 Mk. pro Woche betragen. Also knapp 35 Pf. pro Stunde. Für Auswärtsarbeiter sollen pro Tag ihrer Beschäftigung 4 Mk. für Ueberstunden 50 Pf. und Sonntags 60 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Bei Ueberlandtourern sollen im Durchschnitt 3 Mk., für den Pader 4,50 Mk. an Gehalt gegeben werden. Diese Forderungen schienen den Arbeitgebern unannehmbar. Sie kündigten zunächst den Kollegen und als diese sich nicht einschüchtern ließen, legten sie einen Tarifentwurf vor, der für die Arbeiter unannehmbar war. Danach sollte ein Klassenlohn gezahlt werden und zwar für Pader 22 Mk., Hilfs-pader 19—20 Mk., Käufer 18 Mk. und Begleiter 17 Mk. Wochenlohn. Da aber die Arbeiter der Begleiter, Käufer und Hilfsarbeiter die gleichen sind, lehnten die Arbeiter diese Klassifizierung ab. Nicht ständige Arbeiter sollten 3,50 und in der „Lohnzeit“ bis 4,50 Mk. pro Tag erhalten. Die Bezahlung der Ueberstunden wurde abgelehnt mit der Begründung, „wenn einmal sehr spät gearbeitet werden muß, werden wir nach freiem Ermessen Entschädigung geben“. Auch die Regelung der Arbeitszeit wurde abgelehnt, sie sollte bleiben wie bisher. Ein jeder Arbeiter sollte eine Kautions von 25 Mk. stellen oder sich gefallen lassen, daß ihm wöchentlich 50 Pf. vom Lohn abgezogen werden, bis diese Summe erreicht ist. Diese Kautions sollte zum Ersatz etwaiger Schäden, die bei dem Transport eintreten erst. Polizeistrafen usw. dienen. Um nun aber zu beweisen, daß die Arbeiter gewillt sind, friedlich zu verhandeln und die Angelegenheit zu regeln, riefen sie die Vermittlung des Gewerbegerichtsvorstandes an. Diesen lehnten die Arbeitgeber ab. Unter solchen Umständen blieb nun den Arbeitern nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzulegen. Aber am Nachmittag des ersten Streiktages zeigten sich eigenartige Situationen auf der Straße, die ein Stoffhändler der Einwohner hervorriefen. Der bahnmäßige Speiditeur Fremdling, der der Wache des Ganzen war, wandte sich an das Kommando des hiesigen Hufarenregiments Nr. 5 um Hilfe und prompt wurde sein Wunsch erfüllt. Es waren wurden als Streikbrecher abkommandiert, um sich in Schwelge ihres Angehörtes in voller Uniform als Arbeitswille zu betätigen. Natürlich wurde die Waffe, der Säbel, mitgenommen, falls ein Streik-

lender etwa zur Belästigung Luft hatte. Angesichts der kommenden Heeresvorläge ist es zu begrüßen, wenn den Bürgern gezeigt wird, wozu das Militär nötig ist. Natürlich wurde dem Generalkommando sofort Mitteilung gemacht und um Abhilfe ersucht. Da aber nach vier Streiftagen keine Veränderung eintrat, ist Beschwerde beim Kriegsministerium eingelegt worden. Auch von Seiten der Eisenbahnverwaltung ist in den Streit eingegriffen worden. Die hiesige Eisenbahnverkehrsinspektion macht in den Zeitungen amüßlich bekannt, daß sie während der Dauer des Ausstandes bei dem Speibetier freundlich das Abrollen der Stückgüter, soweit es dem bahnamtlichen Rollfahrunternehmer obliegt, übernimmt. Und tatsächlich sieht man, wie ein Wagen des Speibetiers, der den Namen des Speibetiers trug, die Aufschrift führt: „Königl. Preuss. Eisenbahnverwaltung“. Als Arbeiter sind zwei Bahnarbeiter tätig, die eine schwarz-weiße Armbinde tragen, während ein höherer Bahnbeamter die Aufsicht führt. Daß im übrigen die Polizeibeamten nicht müßig sind und schneidig gegen Streikposten vorgehen, ist selbstverständlich, müssen doch die Arbeitswilligen geschützt werden. Unsere Vertreter im Reichstage werden Gelegenheit nehmen, den Herrn Kriegsminister zu fragen, ob das Militär zu Arbeitswilligendiensten vorhanden ist.

**Solz.** Der hiesige Transportarbeiterstreik ist nach einer Dauer von 10 Tagen mit einem vollen Erfolge unserer Kollegen beendet worden. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als Militär und Eisenbahn das Möglichste taten, um den Unternehmern das Verhandeln mit dem „roten Pack“, wie Herr Freundlich, einer der bestreikten Unternehmer, seines Zeichens Stadtverordneter und Bahnspediteur, sich auszudrücken beliebe, unmöglich zu machen. Doch auch dieser Sozialistenführer mußte die verhasste Organisation, den Deutschen Transportarbeiterverband anerkennen. Und wenn auch nichts weiter erreicht wurde, dieses allein dürfte schon eines Kampfes wert sein. Erreicht wurde von den Streikenden eine Lohnerhöhung von 2 Mark pro Woche, indem statt 18 Mark jetzt 20 Mark gezahlt werden. Ebenso ist die Arbeitszeit geregelt worden, die bisher in dem Belieben des Arbeitgebers stand, und eine Verkürzung um 1 Stunde erreicht. Die Lieberstunden, die bisher nicht bezahlt wurden, werden jetzt mit 50 Pf. pro Stunde entschädigt. Die Ausschäftsarbeiter, deren Entschädigung ebenfalls bisher in dem Belieben des Arbeitgebers stand, erhalten pro Tag 4 Mk. Einen weiteren Erfolg bildet die volle Bezahlung der Kranken- und Invalidenbeiträge von Seiten des Arbeitgebers. Die Arbeitszeit beträgt nach Abzug der halben Stunde Frühstücks- und Mittagspause von 1 1/2 Stunde täglich 10 Stunden. Bisher waren es 12 bis 15 Stunden täglich ohne Pausen. Auch die Entschädigung der Lieberarbeiten ist dahin geregelt, daß ohne Lieberarbeiten 1,50 Mk., mit Lieberarbeiten 3 Mk. und für Packer 3,50 Mk. gezahlt wird. Etwaige bisher gezahlten höheren Löhne und sonstige Vergünstigungen bleiben bestehen. Mitgeteilt seien noch folgende Vorurteile aus dem Streit, die es verdienen, den Kollegen mitgeteilt zu werden. Am ersten Streiftage hatte die Bahnverwaltung in den Streit eingegriffen. Sie übernahm das Abrollen der Stückgüter. Zu diesem Zwecke wurde die Firma des Speibetiers freundlich, die sich an dem Wagen befand, mit einem Schild überzogen, das die Bezeichnung „Kgl. Preuss. Eisenbahnverwaltung“ trug. Zwei Arbeiter mit schwarz-weißer Armbinde trugen die Güter ab unter Aufsicht eines höheren Bahnbeamten. Ferner hatte die Militärbehörde eine Anzahl Husaren vom hiesigen Infanterieregiment Nr. 5 den Speibetieren zur Aufsicht überwiesen. Natürlich erregte es die Heftigkeit der Passanten und den Jubel der Kinder, als sie die Husaren in ihrer roten Uniform als Arbeitswillige sahen. Da auch die Unternehmer in den hiesigen Zeitungen eine schiefe Darstellung der Sachlage gaben, verbreiteten wir ein Flugblatt, das eine Aufklärung der Einwohnerschaft herbeiführte. Gegen die Verwendung der Husaren als Streikbrecher wurde eine telegraphische Beschwerde an das Generalkommando des 17. Armeekorps in Danzig gerichtet, und als keine Antwort davon eintraf, eine Beschwerde an das Kriegsministerium erstattet. Darauf gab das Generalkommando folgende Antwort:

17. Armeekorps Danzig, d. 23. März 1913.  
Generalkommando  
Abt. IIa. Nr. 3464.

Auf Ihre telegraphische Eingabe vom 17. b. M. erhalten Sie nach Prüfung der Angelegenheit folgenden Bescheid. Nach Aussage der Polizeiverwaltung in Solz würde bei Nichtstellung von Ausschäftskräften eine erhebliche Störung des öffentlichen Geschäftsangeses und Verkehrs mit Gütern eintreten und sind andere Ausschäftskräfte als die Soldaten nicht verfügbar. Die Stellung der Husaren entspricht somit den Bestimmungen und das Generalkommando hat zu einem Eingreifen keine Veranlassung.

Von Seiten des Generalkommandos:  
Der Chef des Generalstabes  
v. Wisberg, Oberstleutnant.

Dieser Bescheid zeigt nette Verhältnisse bei jedem Streit. Danach teilt die Polizeiverwaltung nur mit, daß eine Störung des Verkehrs durch den Streit eintritt und daß Militär macht dann ungehindert die ganze Streitarbeit. Wie sich das Kriegsministerium hierzu stellt, dürfte interessant sein. Wie glaubwürdig aber so eine Mitteilung von Seiten der Polizei ist, das zeigen die hier erscheinenden liberalen und konservativen Zeitungen. In diesen teilt die Polizei der Einwohnerschaft mit, daß sie betrunkene Streikposten zur eigenen Sicherheit in polizeilichen Gewahrsam genommen habe. Diese Mitteilung, die in die gesamte hinterpommersche Presse übergegangen ist, entspricht nach keiner Richtung hin den Tatsachen. Ein Arbeiter, der betrunken war und auf dessen Verhaftung die Notiz hinweisen konnte, hatte mit Streikposten gar nichts zu tun. Natürlich

sind solche Notizen sehr geeignet, die Streikenden in Mitleidenschaft zu bringen. Daß dies die Absicht der Polizeibehörde ist, wollen wir nicht behaupten. Der Vorfall zeigt aber, was auf ihre Ausfälle in der Stolper Streikangelegenheit zu geben ist. Und auf diese Auskunft hin leisten die Husaren Streikbrecherdienste. Aber das Resultat der Scharfmacher war ein negatives. Denn der Streit war erfolgreich.

### Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

**Elbing.** In einer am 13. März abgehaltenen öffentlichen Protestversammlung, welche sich eines sehr guten Besuches erfreute, nahm die Elbinger Arbeitergesellschaft Stellung gegen die seitens der Elbinger Handelskammer an den Minister des Innern eingereichte Eingabe zwecks Regelung der Sonntagsruhe. Das Referat hatte Gewerkschaftssekretär Trilke übernommen. In seinen 1/2 stündigen Ausführungen kennzeichnete er die von den Elbinger Handelskammern beabsichtigte schärfere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft sowie die Befestigung des an sich schon geringen Arbeiterschutzes. Der reiche Beifall, welchen Redner am Schluß seiner Ausführungen erntete, bewies, daß er sämtlichen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Folgende Resolution gelangte dann einstimmig zur Annahme.

„Die heute tagende Versammlung erklart in dem Vorgehen der Elbinger Handelskammer, betr. Veränderung der Bestimmungen des Sonntagsruhegesetzes im Handelsgewerbe, eine schwere Gefahr für die Existenz des geselligen Schutzes der Angestellten und Arbeiter. Die Versammlung protestiert daher gegen diese arbeitserfindlichen Bestimmungen umso entschiedener als nicht Reaktion, sondern Fortschritt unserer Sozialpolitik unerlässliches Erfordernis der Zeit ist. Das Büro der heutigen Versammlung wird beauftragt, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, sich evtl. an Ministerium, Reichstag und Parteien zu wenden, um die drohende Gefahr der Vernichtung der Sonntagsruhe abzuwenden. Schließlich verpflichten sich die Anwesenden zum Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung, dem Zentralverband der Handlungsgeschillen resp. Transportarbeiterverband beizutreten, da diese Organisationen die sichere Bürgschaft für Erlangung durchgreifenden Arbeiterschutzes bieten.“

Nachdem noch einige kleine Anfragen beantwortet wurden, trat Schluß der Versammlung ein.

Kollegen! Schritt für Schritt schreitet auch die Elbinger Verwaltungsstelle vorwärts, aber hundert Kollegen stehen uns noch fern, hier heißt es, jeder seine ganze Kraft einsetzen, um auch den letzten Kollegen der Organisation zuzuführen. Haben wir das erreicht, Kollegen, dann wird es uns ein leichtes sein, solche Schläge wie sie die Elbinger Handelskammer gegen uns beabsichtigt, mit Leichtigkeit zu parieren. Darum, Elbinger Transport- und Hafenarbeiter, auf zu frischer, frohlicher und erfolgreicher Arbeit!

**Firstenwalde.** Am 8. März fand unsere Mitgliederversammlung statt. Als Referent war ein Berliner Kollege erschienen und sprach über: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Gefahr.“ In seinen Ausführungen wies er die Kollegen auf die Wichtigkeit des Koalitionsrechtes hin und darauf, daß die Gegner bereit seien, das Koalitionsrecht uns zu rauben. Er forderte am Schluß seiner trefflichen Ausführungen die Anwesenden auf, treu und unermüdet an der Stärkung der Organisation zu arbeiten. In der Diskussion wurde bemängelt, daß die Kollegen, die einen tariflichen Lohn erhalten, die Versammlungen am meisten schwächelten (Kollegen, das muß anders werden! Beacht die Versammlungen und sorgt für die Ausbreitung des Verbandes!) Nach Erledigung interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Galle a. S.** In der Mitgliederversammlung, die am 18. März im Volkspart tagte, wurde ein geschichtlicher Vortrag über Friedrich den „Großen“ und seine Zeit gehalten, welcher lebhaften Anklang fand. — Bei der Besprechung über den Organisationsplan der Volksfürsorge-Versicherung wurde hervorgehoben, daß dieselbe einem langlebigen Bedürfnis der breiten Masse des Volkes abhelfen müsse. Die Agitation dafür sei in die Hände aller Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder gelegt worden, jeder einzelne davon müsse sich als Agent für dieselbe fühlen. Wenn dies geschehe, dann werde die Volksfürsorge das werden, was sie sein soll, nämlich ein epochenmachendes Kulturwerk. Die Versammelten waren auch damit einverstanden, daß, solange es irgend möglich sei, die einzelnen Hauskassierer der Gewerkschaften die Kassierung der Gelder für diese Versicherung mit vorzunehmen haben. — Unter Verschiedenem wurden die bisherigen Mitglieder Gustav Wuchan in Nießen und Karl Koch in Halle einstimmig dem Hauptvorstand wegen gewerkschaftsabhängiger Tendenzen zum Ausschluß aus dem Verband empfohlen.

**Sagan a. Schl.** Am 23. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Würde. Hierauf wurde die Abrechnung vom 4. Quartal durch den Kassierer bekannt gegeben. Derselbe balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 2152,63 Mk. Die Kassa ist besetzt über einen Bestand von 571,79 Mk. In die Hauptkasse wurden influssive Quittungen 1181,81 Mk. gesandt. Einwendungen wurden nicht gemacht und auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf wurde vom Kollegen Rieger der Jahresbericht von 1912 erstattet. Aus diesem war zu ersehen, daß die Ortsverwaltung bemüht war, die Zahlstelle vor-

wärts zu bringen. Versammlungen fanden 16 statt, darunter 5 Betriebsversammlungen. Sitzungen des Vorstandes 18, Lohnbewegungen fanden 1 statt und zwar auf den Holzplätzen, welche aber resultatlos verliefen. Mitglieder waren 1911 260, 1912 300, eingetreten im Jahre 1912 sind 68 männl., 9 weibl., 1 Jugendl., aus anderen Verbänden übergetreten 15 männl., zugereist 8 männl., ausgetreten bezw. gestorben wurden 39, abgereist 22 Mitglieder. Beitragsmarken wurden 13 590 Stück verkauft, das macht pro Mitglied im Jahre 47,5 im Quartal 11,3 Wochenbeiträge aus. An Eingängen waren 39 Briefe und Karten und 159 Pakete zu verzeichnen. Ausgänge 100 Briefe und Karten und 5 Pakete. Die Jahreseinnahme betrug 7714,80 Mk., die Jahresausgabe aus der Kassa 1278,19 Mk. Für arbeitslose Mitglieder wurde für 1041 Tage und an Kranke für 1194 Tage Unterstützung gezahlt. An Unterstützungen wurden im verflochtenen Jahre 2080,54 Mk. gezahlt und zwar: Arbeitslosenunterstützung 971,47 Mk., Krankenunterstützung 767,35 Mk., Beerdigungsbeträge 180 Mk., Notfallunterstützung 64 Mk., für Rechtschutz 85,72 Mk., Reifemittelunterstützung 12 Mk. Ferner wurde eine Besuchs-Kommission gewählt, welcher die Aufgabe zufällt, ausgetretene Kollegen aufzufinden und eventuell wieder für die Organisation zu gewinnen. Gewählt wurden folgende Kollegen: G. Mielchen, S. Pöhl und S. Förster. Weiter soll das Vertrauensmännerbureau besser ausgebaut werden, in jedem Betriebe muß ein Vertrauensmann sein. Den Kartellbericht gab Kollege Mielchen. Aus diesem war zu ersehen, daß 29 Mitglieder unserer Zahlstelle die gemeinsame Bibliothek in Anspruch genommen haben. Die Zahl unserer Mitglieder, welche die Rechtsauskunftstelle benutzt hatten, betrug 115. Im Besonderen wurde noch bekannt gegeben, daß die Lohnforderungen von den Holzplätzenarbeitern den Unternehmern zugestellt worden sind. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

**Königsberg i. Pr.** Am Mittwoch, den 26. Februar, tagte eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung. Gewerkschaftssekretär Trilke hielt ein Referat: „Wir wollen Frieden, Freiheit, Recht!“ Referent schilberte in seinen Ausführungen die Verdrängungen im Mittelalter, welche mehr auf christlicher Grundlage aufgebaut und gleichfalls auf die Ergründung des Friedens, der Freiheit und des Rechts gerichtet waren. In allen Kulturländern aber hätte die moderne Arbeiterbewegung diese Verdrängungen an Größe und Ausbreitung turmhoch überragt. Gingen auch mitunter in tatsächlichen Einzelfragen die Meinungen auseinander, so sei man sich doch im Prinzip einig. Redner erinnerte an die großen Kumbgebungen der Arbeiter aller Länder gegen die kriegerischen Verheerungen im Vorahre. Auch sei die Tarifpolitik der Gewerkschaften dazu angehen, den Frieden in Industrie, Handel und Verkehr auf Zeiten zu sichern. Obwohl man der modern organisierten Arbeiterklasse nachsage, sie predige nur vorzugsweise den Klassenkampf, so habe sich doch eine größere einsichtsvolle, gesunder Meinung herausgebildet und der gewerkschaftlichen Bewegung Anerkennung ausgesprochen, da erlere doch nur das Produkt des Klassenkampfes geworden sei. In ähnlichem Sinne sei es mit dem Recht bestellt. Habe man doch in der Verfassung gleiches Recht für alle niedergeschrieben; in Wirklichkeit halte man es aber einer großen Masse von Arbeitern noch fern. So habe ein Teil der Arbeiter das Koalitionsrecht; den Landarbeitern und Staatsarbeitern habe man es noch nicht gewährt. Sehe man doch gegenwärtig schon so weit, auch den Arbeitern, welchen das Koalitions- bezw. Streitrecht zustehe, das Streikpostensieben wieder rauben zu wollen. Referent gab nun in kernigen, anfeuernden Worten zum Schluß seiner Ausführungen den Anwesenden den dringenden Rat, die noch abseits stehenden indifferenten Mitarbeiter aufzurütteln, aufzuklären und den Organisationen der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen. Reichen Beifall erntete Redner für seinen eindrucksvollen Vortrag. Im Punkt Verbandsangelegenheiten wurde noch der Unionarbeiterkampf zur Sprache gebracht. Den Kämpfenden wurde die Sympathie zugesichert. Alsdann erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Kammersdorf.** In der Mitgliederversammlung am 15. März wurde Kollege Schön als Schriftführer gewählt. Dann sprach Genosse Schödel in ausführlicher Weise über die Volksfürsorge. Dann kamen noch einige Internas zur Sprache und wurden die Kollegen dringend ermahnt, in den einzelnen Betrieben recht fest zusammenzubacken.

**Regensburg.** Am Sonntag, den 2. März, fand unsere Jahres-Generalversammlung statt. Dem Bericht des Kollegen Kirchberger war Folgendes zu entnehmen: Es fanden im Jahre 1912 12 ordentliche und 2 außerordentliche Monatsversammlungen, 30 Ausschuffitzungen und 20 Betriebsversammlungen statt. Postein- und -Ausgänge sind 282 Stück zu verzeichnen. Neuaufnahmen wurden 87 gemacht. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 320. Redner wies noch im besonderen darauf hin, daß es Pflicht aller Kollegen sei, mit voller Energie dahin zu trachten, daß die Reihen unserer Organisation noch mehr gestärkt würden, auf daß es uns möglich werde, die Lohn- und Arbeitsbedingungen künftig den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen! Kollege Birgau gab dann den Kassenbericht, der sich wie folgt gestaltet:

Die Einnahmen betragen (inkl. Kassenbestand vom 4. Quartal 1911) 7004,44 Mk., Ausgaben 6137,19 Mk., die Hauptkasse erhielt 4323,07 Mk. Für das 1. Quartal verbleibt ein Kassenbestand von 867,25 Mk. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung leistete die Hauptkasse 1404,48 Mk. Der Kassierer wies dann noch auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Regensburg hin und ermahnte die Kollegen zur eifrigen Agitation und Beitragszahlung. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl des Gesamtausschusses wurde Kollege K. als erster und W. als zweiter Bevoll-

mächtiger gewährt; zum Schriftführer der Kollege B., als Reduzieren die Kollegen R., G. und B. Nach Erledigung einiger weiterer Verbandsangelegenheiten schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch, auch weiterhin die Versammlungen fleißig zu besuchen, die Generalversammlung.

**Remscheid.** In der am Mittwoch, den 26. Februar, leider schwach besuchten Mitgliederversammlung hielt Genosse Koch einen sehr lehrreichen Vortrag über die gen. „Vollstuförge“. Redner behauptete zunächst die Verhältnisse in der „Viktoria“, z. B. was da an die höchsten Beamten für Reisegehälter bezahlt wurden. Das sei nur möglich infolge Anhäufung des Versicherungskapitals durch versallene Policen, welche durch Versicherung zusetzen! Um diesen Mißständen abzuhelfen, hätten sich nun die freien Gewerkschaften im Bund mit Partei und Genossenschaften geschlossen, die Vollstuförge selbst in die Hände zu nehmen usw. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Es ist leider bedauerlich, daß in einer Stadt wie Remscheid, wo wir mindestens 4000 Transportarbeiter haben nur ca. 150 organisiert sind. Kollegen! Seid ihr denn gar so sehr auf Kosten gebettet, daß ihr eine solche Interesslosigkeit für den Verband an den Tag legt? Wir glauben es nicht, denn wir kennen die Verhältnisse auch ein wenig! Wohl werden hier ja nicht die schlechtesten Löhne bezahlt, das tun die Unternehmer aus Furcht vor dem Verband schon nicht! Dazu ist Remscheid mit einer der teuersten Städte in Deutschland! Aber gerade die Furcht der Unternehmer vor dem Verband mühte euch doch ein Ansporn sein, Mann für Mann der Organisation beizutreten; denn eine Lohnbewegung wäre nirgends leichter durchzuführen als hier. Kollegen, denkt doch an eure Arbeitsbrüder in den Nachbarstädten Solingen, Elberfeld, Wermeln usw. Denkt daran, was diese schon für schöne Erfolge zu verzeichnen haben! Da müht ihr euch doch sagen: „Was die können, können wir auch!“ Aber wenn einigermaßen der gute Wille da ist, dann mühte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir hier in Remscheid nicht bessere Verhältnisse erringen könnten! Also nochmals Kollegen, rüsst nicht eher, bis der letzte Mann dem Deutschen Transportarbeiterverbande angehört!

**Sagan.** Am 16. März fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Wenn man den mangelhaften Besuch betrachtet, mühte man glauben, die hiesigen Kollegen ständen in den besten Verhältnissen betreffs Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber das gerade Gegenteil ist in der Wirklichkeit zu konstatieren. Sind doch Wochenlöhne von 12 bis 15 M. keine Seltenheit bei einer Arbeitszeit von 80 bis 90 Stunden und mühten die Kollegen alles daran sehen, um auch endlich einmal als Mensch leben zu können! Nach Verlesung des Protokolls und Erstattung des Kartellberichts hielt ein Kollege einen Vortrag über: „Die Schäden der kapitalistischen Vollstuförge und ihre Reform durch die „Vollstuförge.“ In längeren Ausführungen beleuchtete Redner die Gehälter und Lantienern der Herren Generaldirektoren, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und die Dividenden der Aktionäre, ferner die hohen Verwaltungskosten der kapitalistischen Versicherungen gegenüber der „Vollstuförge“. Er ermahnte die Kollegen, nachdem er den Organisationsplan der „Vollstuförge“ erläutert hatte, möglichst der „Vollstuförge“ beizutreten, bei welcher die Aktionäre keine hohen Dividenden einsteiften, sondern wo die Lebensrisse den Versichererten zu gute kämen! Unter „Gewerkschaftliches“ wurde noch bekannt gegeben, daß auch der Brauerarbeiterverband jetzt versucht, hier festen Fuß zu fassen, was an sich mit Freunden zu begrüßen wäre, wenn man die Kutcher aus dem Spiel lassen würde! Aber gerade auf die im Transportarbeiterverband organisierten Kutcher scheinen es die Brauer abgesehen zu haben! So wurden in erster Linie unsere Brauerei-, Bierverlags- und Kellerkutscher aufgesucht und um Uebertritt zu bewegen versucht, was aber den Herren nicht gelang.

Kollegen! Dieses muß uns anspornen, mit voller Kraft die Verbrennung für unsere Organisation zu führen! Auch der letzte Bierfahrer muß für uns gewonnen werden. Auch die Versammlungen müssen noch besser besucht werden. Diese finden regelmäßig jeden dritten Sonntag im Monat statt. Um Kollegen, jeder muß Agiator werden. Dann wird auch hier die Zeit kommen, daß wir nicht mehr bei übermäßig langer Arbeitszeit und largem Lohne fronden müssen.

**Schweinfurt.** Am 16. März wurde eine öffentliche Transportarbeiterversammlung abgehalten. Ein Kollege aus Nürnberg hielt einen Vortrag über Streiks font und jeht! Derselbe schilderte die Lage der Arbeiterschaft von den frühen Anfängen, der Sklaverei, bis zur sogenannten guten, alten Zeit und von dort bis zu den Anfängen des Zusammenflusses zur gemeinsamen Gewerkschaften und Verbänden. Er führte aus, daß es zur Verbesserung der Lage des Arbeiters öfters nicht ohne Streik abgehe, daß Streiks öfters notwendig sind, um die Forderungen der Arbeiter durchzubringen; aber daß auch eine gut geplante Arbeiterbewegung vorhanden sein muß, um einen Streik mit Erfolg zu führen. Seine Ausführungen wurden von der gut besuchten Versammlung mit reichem Beifall aufgenommen. Zwar ist es den Bemühungen der hiesigen Ortsverwaltung durch lebhaften Agitieren in letzter Zeit gelungen, daß die hiesige Zahlstelle eine gute Mitgliederzunahme zu verzeichnen hat, aber noch vieles ist zu tun, um all die indifferenten Kollegen zur Organisation zu bringen, denn hier herrschen noch trasse Mißstände in Bezug auf Lohn, Behandlung in vielen Betrieben, daß es einmal Zeit ist, Abhilfe zu schaffen. Deshalb hinein in den Deutschen Transportarbeiterverband, Kollegen!

tut Eure Schußigkeit. Dann wird auch Euch die Organisation zur Verbesserung Eurer Lage verhelfen. Nur Eurgigkeit macht stark.

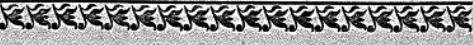
**Spanbau.** Außerordentliche Generalversammlung am 15. März. Der Arbeitersekretär Ritter-Berlin sprach über die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft. Der Redner fand mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Die Wahl dreier Delegierten zur Gaukonferenz fiel auf die Kollegen Schönefeld, Blechmann und Burckhardt. Den Kartellbericht erstatteten die Kollegen Burckhardt und Schönefeld. Dazu ist zu bemerken, daß von Seiten des Kartells eine unemigeltliche Anstaltsstelle errichtet worden ist und wird den gewerkschaftlich organisierten an jedem Donnerstag von 6 bis 8 Uhr abends im Büro, Breitestr. 64, Auskunft in allen Rechtsangelegenheiten erteilt. Dann wurde die Angelegenheit des Kollegen Schönefeld dadurch erledigt, daß die von dem Vorstände vorgelegene Resolution folgenden Wortlauts einstimmig angenommen wurde:

„Die am 4. März tagende Sitzung der Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes kommt nach reiflicher Aussprache in Sachen der Beschwerde des Gewerkschaftsausschusses gegen unser Mitglied Wilhelm Schönefeld zu folgender Entscheidung: Die Verwaltung ist der Meinung, daß der Gen. Schönefeld durch sein Verhalten bei der Krankenlistenwahl im Jahre 1912 nicht nach den gewerkschaftlichen



**Wie die Prohnen leben.**

„Vor kurzem“, so schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, „gab es in der vornehmen Welt von Paris ein Abendmahl, über das die französischen Zeitungen selbstame Angaben zu machen wußten. Die Vorplatte Zatski kostete 2000 M., das eigentliche Diner bestand aus 23 verschiedenen Gerichten. Die Weine und Liköre kosteten 15 000 M. Ebenso teuer war das Obst, das von lebenden Sträußern gepflückt werden konnte. Den Künstlern wurden die Zeichnungen für die Speisekarten mit 10 000 M. bezahlt. Das eigentliche Diner belief sich auf 33 000 M. Die Herstellung der Suppe kostete 500 M. 2000 M. wurden für Anmern ausgegeben, 800 M. für Spargelspitzen und junge Bohnen. Jeder der zwanzig Teilnehmer hat an dem einen Abend ein Mahl für 2400 Mark verzehrt. 2400 Mark! Mit dieser Summe müssen in der Regel zwei Arbeiterfamilien ein ganzes Jahr auskommen, aber die hohen Herrschaften vergeuden das Vermögen in einigen Stunden! Der Arbeiter, der seinen Tag in harter Fron verbringt, bringt sich nachts sein Brot und seinen Sped heim, die Müßiggänger aber greifen zum Malvastr, Jahrgang 1810, die Flasche 100 M. Die Proletariatsfrau sieht sich jeden Heller an, wendet ihn zehnmal, ehe sie ihn ausgibt, aber hier wurden russische Fische aufgetragen, das Stück um 300 M. Der ganze Widerstand dieser Gegenwart grüht aus solchen Ziffern. Jemandwo kauern im feuchten Dunkel der Kanäle die Armen und Glenden und ihre künftigen Träume kressen um kleine, kleine Münzen, irgendwo aber tafeln in Prunk und Pracht 20 Menschen und ihr Mahl kostet 60 000 M.“



Grundsätzen gehandelt hat. Die Verwaltung muß aber anerkennen, daß das Vorgehen des Genossen Schönefeld durch die Art der Handhabung der Kommission bei der Streichung seiner Person teilweise entschuldbar ist. Die Verwaltung kann ebenfalls die Streichung des Genossen Schönefeld von der Liste ohne Mitteilung an seine zukünftige Organisation gelangen zu lassen, nicht als einwandfrei erklären. Wir hoffen, daß das bedauerliche Vorkommnis für beide Teile Anlaß geben wird, in Zukunft die notwendigen Schritte zu ziehen.“

Des weiteren wurde mitgeteilt, daß die Lohnbewegungen bei den Firmen K. R. G. und Grundt als erledigt zu betrachten sind. Die Lohnbewegung der Kollegen Kohlenarbeiter ist noch nicht als erledigt anzusehen und müssen noch eilige Verhandlungen gepflogen werden. Es wurde noch die Mitteilung gemacht, daß das 10. Stiftungsfest im September stattfinden soll. Hieraus folgte Schluß der Versammlung.

**Zeit.** In der am 8. März abgehaltenen Versammlung hielt Kollege Ch. einen Vortrag über: „Löhne unserer Berufs Kollegen und Lebensmittelpreise.“ Redner sprach zunächst über die örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Hauptächlich griff er dabei einige größere Betriebe heraus, wo noch lange Arbeitszeit, geringer Lohn und schlechte Behandlung — dieses kapitalistische Dreigesirn der Ausbeutung — an der Tagesordnung sind. Auch das Stundenlohnsystem verurteilte Redner scharf, da es nur dem Unternehmern zum Nutzen gereiche, die Arbeiter aber dadurch schädige, daß die gesetzlichen sowie die örtlich ausfotrozierten Festtage nicht bezahlt würden. Redner kam dann auf die ungebürlichen Lebensmittelpreise zu sprechen und konnte an der Hand eines gut aufgestellten Haushaltungsbudgets nachweisen, daß die Frauen mit dem geringen Verdienst des Mannes heute nicht mehr zurecht kommen können, auch wenn sie keine Gelüste auf Koteletts, groß wie Alostbedel — um mit Herrn Schorlemer zu reden — bestien! Sie sind geradezu gezwungen, selbst mitzuarbeiten, statt sich ihrer Familie zu widmen.

Gleichwohl genüge auch dies häufig noch nicht, um die Familie vor — Unterernährung zu schützen! Das nenne man dann noch obendrein — „göttliche“ Weltordnung! Zum Schluß seiner trefflichen Ausführungen forderte Redner die Anwesenden auf, nach Kräften für die Ausbreitung der Organisation zu wirken, um endlich eine Besserung der bestehenden Zustände herbeizuführen. Der Vortrag fand den ungeteilten Beifall der Zuhörer. Es erfolgte dann die Entgegennahme des Kartellberichts. Bemängelt wurde der Umfang der Jahresberichte. Durch die Reduzieren wurde der Monatslistenbericht gegeben. Ferner wurde ein Beschluß aufgehoben, der den Beitragsfasserern verbot, in den Vorstand gewählt zu werden. Hieran schloß sich die Ergänzungswahl des Vorstandes. Eine recht erhitte Debatte entstand über die von der Ortsverwaltung beivilligten 10 M. Spesen pro Woche für den Ortsbeamten bis zu seiner Anstellung. Die Versammlung beschloß, daß die 10 M. nicht gezahlt werden, vielmehr wurde ein Antrag einstimmig angenommen, den Gau- und Verbandsvorstand zu ersuchen, den Kollegen Schulle so bald wie möglich fest anzustellen. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erörtert. Da wir nun einen Ortsbeamten haben, soll die Kollegenchaft nicht etwa die Hände in den Schoß legen oder auf ihren Vorbeeren ausruhen! Im Gegenteil! Die Parole muß heißen: „Agitieren, die Indifferenten auflären, bis der letzte Mann dem Verbande zugeführt ist!“ Nur durch eine straffe Organisation können wir bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen! Deshalb auf zur Agitation, den Mitglieder zum Schutz, dem Unternehmen zu zum Trug!



Christus hatte nichts, wo er sein Haupt hinlegen konnte, aber — seine Kirche hat einen guten Magen!

Motto: „Der Papst lebt herrlich in der Welt!“

Ueber das Einkommen, Vermögen wie über das Finanzgebaren am päpstlichen Hofe gibt in der „Germania“ A. R. Hamersleben nähere Auskunft. Der Papst besitzt bewegliches und unbewegliches Vermögen. Das unbewegliche Vermögen, die apostolischen Paläste des Vatikan und Laterans mit allen Gebäulichkeiten, Gärten und die Villa Castel Gondolfo kommen nach Hamersleben als „totas“ Vermögen nicht in Betracht. Das bewegliche Vermögen des Papstes besteht aus dem, was Pius IX. und Leo XIII. an Pius X. hinterlassen haben. Dazu kommt der „Peterspennig“, der aus den freiwilligen Gaben der einzelnen Länder bestritten wird.

Dieses bewegliche Vermögen wird von einer besonderen Kommission verwaltet, an deren Spitze der jedesmalige Staatssekretär, also augenblicklich Merry del Val, steht. Die Gelder des Heiligen Stuhles sind angelegt in Italien, Deutschland (Bayern), England, Frankreich, Oesterreich und anderen Ländern. Wie hoch die angelegten Summen sich belaufen, darüber gibt Hamersleben keine Auskunft. Er sagt nur, daß die Zinsen so hoch sind, daß sie die Hälfte der Ausgaben am römisch-päpstlichen Hofe decken, demnach müssen die Kapitalien ziemlich enorme sein. Das Einkommen für die päpstliche Priesterkassale beträgt 400 000 M. Sodann erhält jeder der in Form residierenden Kardinals jährlich 16 000 M. Gehalt, es sind rund 560 000 M., die hierfür aufgewendet werden. Ein anderer Posten erfordert jährlich 368 000 M. Es sind dies Unterstütungen an arme italienische Diözesen und Parreien, deren Kirchengut der Staat an sich genommen hat. Die Instandhaltung des Vatikan's, zahlreicher Kirchen usw. erfordert jährlich 1 440 000 M.

Die päpstlichen Staatssekretäre und ihr erheblicher Beamtenstab erfordern einen weiteren jährlichen Aufwand von 800 000 M. Für Pensionen an alte päpstliche Beamte aus der Zeit des Kirchenstaates sind jährlich 1 200 000 M. erforderlich.

Endlich für die katholischen Volksschulen in Rom — da aus der Staatsschule der Religionsunterricht verbannt worden ist, hat man katholischerseits eigene Volksschulen begründet — für Missionen und Schulen jährlich 920 000 M.

Alles in allem betragen die Ausgaben des päpstlichen Hofes jährlich 5 700 000 M. Knapp die Hälfte hiervon erbringen die Zinsen der vom päpstlichen Stuhl ausgeliehenen Kapitalien, der Rest muß durch Lebensgaben der Katholiken, den Peterspennig gedeckt werden. Dieser floß früher reichlich aus Frankreich, infolge des Trennungsgesetzes und der Beschlagnahme der Kirchengüter durch die französische Regierung bringt aber die katholische Kirche in Frankreich heute nicht mehr so viel auf, als sie für sich selbst benötigt.

Sind selbst die von Hamersleben gegebenen Zahlen richtig, so steht fest, daß sich die „Knechte Christi“ weit von der irdischen Lebensweise des Zimmermannssohnes von Nazareth entfernt haben; dieser wukte nicht, wo er sein Haupt niederlegen konnte.

Sollte an dem reichen Tische des „Sesangenen des Vatikan's“ bei solchen Summen nicht auch ein „Profamäner“ für den armen Postaganten Carlo, den Bruder des gegenwärtigen Papstes, abfallen? Derselbe hat von der italienischen Regierung auf sein Wittgesch eine jährliche Pension von 175 Lire zugewilligt erhalten.

